

## 53 Prozent der Deutschen

stimmen der Aussage zu, dass unsere Demokratie in Gefahr ist. Das hat eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov ergeben. Die größte Bedrohung geht für eine Mehrheit der Befragten aktuell von Rechtsextremisten aus. Rund 4 von 10 Befragten glaubten außerdem, dass sie in den nächsten 10 Jahren schlechter funktionieren wird

als heute. Bei der Parteizugehörigkeit sind aktuell Anhänger der AfD am meisten unzufrieden mit der Demokratie in Deutschland (79 Prozent). Nur wenige Grünen-Anhänger sehen das genauso (19 Prozent). Die Demokratie allgemein bewertete eine klare Mehrheit aller Befragten als mindestens gut (83 Prozent).

## Berlin will 25 Prozent der in Italien landenden Flüchtlinge aufnehmen

BERLIN (APA/AFP). Um die neue italienische Regierung zu entlasten, ist die deutsche Regierung bereit, jeden vierten nach einer Seenotrettung in Italien anlandenden Flüchtling nach Deutschland einreisen zu lassen. Das kündigte der deutsche Innenminister **Horst Seehofer** in der „Süddeutschen Zeitung“ (Samstag) an. „Ich habe immer gesagt, unsere Migrationspolitik ist auch human. Wir werden niemanden ertrinken lassen“, sagte Seehofer weiter. „Wenn alles bleibt wie besprochen, können wir 25 Prozent der aus Seenot geretteten Menschen übernehmen, die vor Italien auftauchen. Das wird unsere Migrationspolitik nicht überfordern“, zitierte die „SZ“ den Innenminister. „Die Erwartung ist, dass weitere Staaten sich anschließen.“ Über-



legungen Seehofers, Flüchtlinge zunächst zu Ausschiffungsplattformen in Nordafrika zu bringen, um dort ihr Asylverfahren abzuwickeln, sind demnach vorerst vom Tisch. Frankreich, Deutschland, Italien und Malta wollen sich bei einem Treffen der EU-Innenminister am 23. September in Malta zunächst auf eine vorläufige Quotenregelung zur Verteilung von Flüchtlingen in Europa einigen.

## Türkischer Ex-Premier Davutoglu: Austritt aus Erdogans AKP – neue Partei

ANKARA (APA/dpa). Der ehemalige türkische Ministerpräsident **Ahmet Davutoglu** ist aus der Regierungspartei AKP von Präsident Recep Tayyip Erdogan ausgetreten. Das sagte Davutoglu am Freitag auf einer Pressekonferenz in Ankara. Der 60-Jährige, selbst von 2014 bis 2016 AKP-Chef, wurde nach Auseinandersetzungen mit Erdogan teilweise entmachtet und trat 2016 auch als Ministerpräsident zurück. Davutoglu kündigte gleichzeitig die Gründung einer neuen Partei an. Es sei eine „historische Verantwortung als auch eine Notwendigkeit“, eine „neue politische Bewegung aufzubauen und einen neuen Weg einzuschlagen“. Die AKP-Führung sehe „jede gut gemeinte Kritik und Empfehlung als Verrat und Feindseligkeit“, deshalb gebe es keine Möglichkeit mehr, die „Grundsätze und Ziele, für die wir in unserem politischen Leben eintreten, in der AK-Partei umzusetzen“. Seine Entscheidung fiel inmitten von Zerfalls-

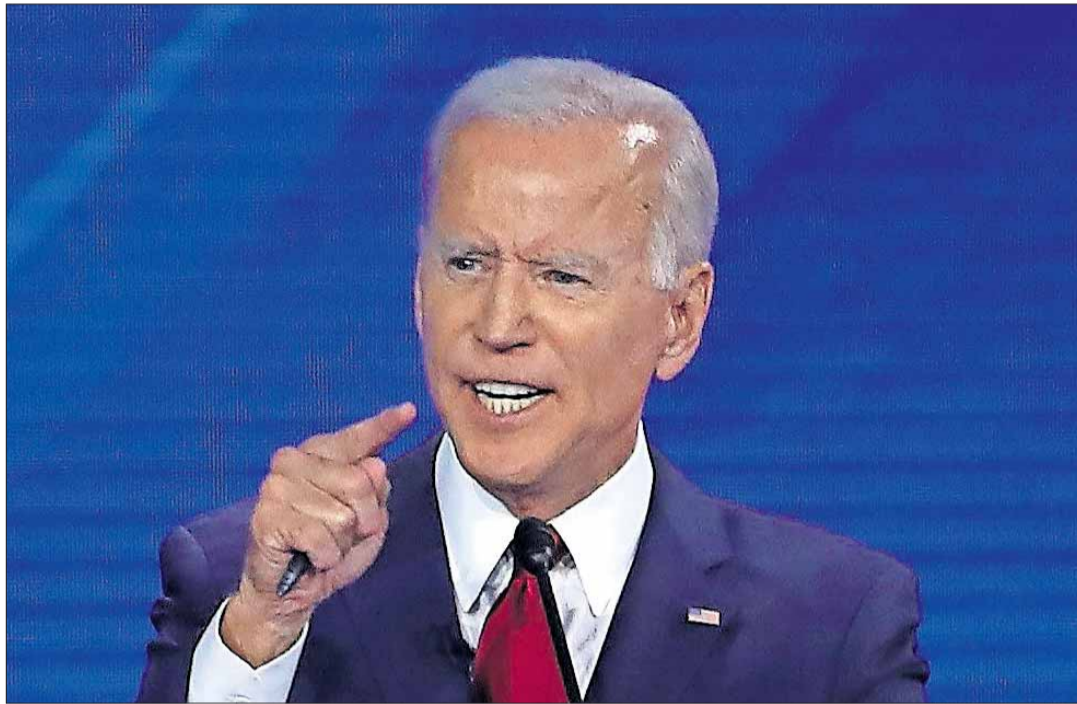


erscheinungen in der mächtigsten Partei des Landes. Medienberichten seit Monaten, dass einige Persönlichkeiten in der AKP unzufrieden mit dem Kurs von Erdogan sind. Im Juli war bereits Ex-Vizepremier Ali Babacan aus der AKP ausgetreten. In den vergangenen Jahren hätten sich Gräben aufgetan zwischen den Grundsätzen, an die er glaube, und dem Vorgehen der AKP, so Babacan damals als Begründung. Auch er wird Medienberichten zufolge eine neue Partei gründen. Davutoglu hatte der AKP zuletzt mehrfach vorgeworfen, sich von ihren Grundprinzipien zu entfernen.

# Biden kann auch austeilen

USA: Aggressiverer Ex-Vizepräsident profiliert sich bei TV-Debatte für die Präsidentschaftskandidatur 2020

HOUSTON (Texas) (APA/AFP). Donald Trump hatte schon vor der TV-Debatte der politischen Konkurrenz eine Prognose parat. Joe Biden werde wohl das interne Rennen bei den Demokraten um die Präsidentschaftskandidatur machen – wenn ihm keine „größeren Fehler“ unterliefen, orakelte der US-Präsident.



Joe Biden ist bei den Demokraten der Favorit für die Präsidentschaftskandidatur gegen US-Präsident Trump.

In der anschließenden dritten TV-Debatte der demokratischen Präsidentschaftsbewerber gelang es Biden dann tatsächlich, grobe Schnitzer zu vermeiden – was bei ihm nicht unbedingt eine Selbstverständlichkeit ist. Denn über den Sommer hinweg hatte der 76-Jährige mit einer ganzen Serie von verbalen Ausrutschern für Aufsehen gesorgt. Dennoch behauptete er seine Position als Spitzenreiter in den Umfragen zum demokratischen Bewerberfeld. Deshalb bekam Biden denn auch auf der Bühne im texanischen Houston den besten Platz zugeteilt – genau in der Mitte der 10 nebeneinander aufgereihten Kontrahenten.

Über einen Großteil der fast 3-stündigen Debatte hinweg stand der Ex-Vizepräsident nicht nur räumlich im Mittelpunkt. Wie schon in den ersten Debatten musste er teils heftige Attacken einstecken, diesmal teilte er aber auch selbst härter als zuvor gegen Mitbewerber aus.

Biden hatte sich offenbar vorgenommen, alle Bedenken innerhalb der Partei zu zerstreuen, er könnte nicht fit genug sein für den Wahlkampf gegen Trump im kommenden Jahr. Deshalb ging er gleich zu Beginn der TV-Debatte auf seine beiden in den Umfragen stärksten Konkurrenten los. Die radikalen Pläne der Senatoren Bernie Sanders und Elizabeth War-

ren vom linken Parteiflügel für einen staatlichen Krankenversicherungsschutz für alle Bürger tat er als Luftschlösser ab.

### Biden steht für einen Kurs der Mitte, Sanders und Warren für einen Linksruck

Die 2 Mitbewerber hätten kein Finanzierungskonzept vorgelegt, ereiferte sich Biden: „Wie werden wir das bezahlen?“ Seinen eigenen Plan für eine Fortentwicklung der Gesundheitsreform von Ex-Präsident Barack Obama pries Biden als solide finanziert an. Dass die Debatte ausgerechnet beim Thema der Gesundheitsreform hochkochte, war symptomatisch – in dem Thema kristallisiert sich der grundlegende Richtungsstreit in der Partei, der den Wettbewerb um den besten Kandidaten gegen Trump prägt.

Biden steht für einen Kurs der Mitte und für die Wiederanknüpfung an die Obama-Ära –

wiederholt erinnerte er in der Debatte an seine 8 Jahre an der Seite des Trump-Vorgängers. Sanders und Warren stehen für einen deutlichen Linksruck – und damit nicht nur für einen scharfen Gegenkurs gegen Trump, sondern auch eine zumindest teilweise Abkehr vom Obama-Erbe.

### Bidens schwächster Moment in der Debatte

Biden musste während der Debatte erfahren, dass seine Berufung auf Obama ihn bisweilen auch in Nöte bringen kann. Als es um die Einwanderungspolitik ging, erinnerte der mexikanischstämmige Moderator Jorge Ramos daran, dass unter Obama rund 3 Millionen Menschen abgeschoben wurden – und hakte mehrfach bei Biden nach, ob er dies bedauere.

Biden wand sich – Obama habe damals „das Beste getan, was getan werden konnte“. Es war Bi-

dens schwächster Moment in der Debatte. Die Blamage des Abends leistete sich aber ein anderer. Im Streit um die Gesundheitsreform schleuderte Ex-Wohnungsbauminister Julian Castro dem früheren Vizepräsidenten wiederholt mit höhnischem Unterton entgegen, sich selbst zu widersprechen: „Vergessen Sie schon, was Sie gerade erst vor 2 Minuten gesagt haben?“

Dies sollte wohl eine Anspielung auf Bidens Alter und mentalen Zustand sein. Castro aber musste erleben, dass derart persönliche Angriffe auf Biden nicht zur Selbstprofilierung taugen – sondern nur zur Selbstdemontage. Aus dem Publikum schallten ihm Buhrufe entgegen, Mitbewerber und Medienkommentatoren watschten ihn ab. Castro jedenfalls – in den Umfragen bei 1,0 Prozent – dürfte für Biden im weiteren Rennen um die Kandidatur nicht zur Gefahr werden.

## EUROPA-SPLITTER

# Wie neu ist die EU-Kommission?

BRÜSSEL: Von der Leyen stellt ihr neues Team vor – Komplexe Verhältnisse zwischen den Kommissaren

Diese Woche stellte die designierte EU-Kommissionspräsidentin ihr Team vor (wir haben berichtet). Es sind rund 60 Jahre vergangen seit dieser prominente Posten an Deutschland ging: Am 7. Januar 1958 wurde Walter Hallstein Präsident der damals brandneuen EU-Kommission. Er war es, der das Bild der Kommission als eine vollkommen unabhängig agierende Einrichtung prägte. Mit seiner Vision in Richtung einer Politischen Union kam der deutsche Rechtsprofessor allerdings bald in Konflikt mit dem französischen General De Gaulle, der mehr an nationale Souveränität als an europäische Integration glaubte. 1967 setzte de Gaulle den Rücktritt Hallsteins durch. Einer der hohen EU-Beamten die für Präsident Hallstein arbeiteten war der Vater jener Frau, die sich nun anschiekt, an die Spitze der EU-Kommission zu treten. Der 14. Kommissionspräsident ist also erst das zweite Mal jemand aus Deutschland. Und zum ersten Mal in der Geschichte eine Frau. Parität zwischen den Geschlech-



Die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen zeigt von einem Fenster aus auf eine bemalte Hauswand. Ansa/Twitter Ursula Von der Leyen

tern war denn auch etwas, das Ursula von der Leyen bei der Besetzung ihres Teams wichtig war: ihr gelang es den Anteil der Frauen von etwa einem Drittel auf fast die Hälfte der Kommissare anzuheben. Das Organigramm ihres Teams stellte sie in Form eines Kreises vor, was allerdings nicht über die beträchtliche Komplexität der Verhältnisse zwischen den

Kommissaren (und den ihnen unterstehenden Generaldirektoren verbergen kann). Es gibt eine Präsidentin, einen ersten Exekutivpräsidenten, 2 weitere exekutive Vizepräsidenten (eine davon eine Frau, Margarethe Vestager) und 5 Vizepräsidenten. Daneben (oder darunter) gibt es noch 18 weitere Kommissionsmitglieder. Doch diese Komplexi-

tät ist wenig neu, denn bereits unter Präsident Juncker hat man sich entschlossen, Gruppen von Kommissaren zu bilden, die von einem Kommissar koordiniert wurden. Das ist insofern sinnvoll, als die EU-Kommission deutlich mehr Mitglieder hat als in nationalen Regierungen üblich. Dort gibt es im Schnitt um die 15 Minister wobei die Schwankungsbreite von 8 bis 25 reicht. Die Größe des Landes scheint wenig Einfluss darauf zu haben, wie viele Minister ernannt werden.

Die Auswahl der Kommissionsmitglieder, besonders die interne Aufgabenteilung dürfte besonders schwer gefallen sein. Nicht nur wollte die designierte Präsidentin Geschlechterparität erreichen, sie musste auch den Eindruck vermeiden, dass Osteuropa im Verteilungsprozess benachteiligt wird, nachdem die Spitzenjobs bereits an westeuropäische Staaten gegangen sind. Wie sehr das Erbe Hallsteins in der Arbeit dieser Kommission zum Ausdruck kommen wird, muss sich erst zeigen.

## 4 FRAGEN AN...

### ... Gabriel N. Toggenburg\*



plizit von dieser Regelung Abstand zu nehmen.

#### „D“: Ist die Kommission nicht generell ein Wasserkopf?

Toggenburg: Für die EU-Kommission arbeiten insgesamt rund 32.000 Menschen. 12 Prozent davon, also rund 4000, kommen aus Italien. Allein die Stadt Hamburg beschäftigt mit 80.000 Leuten mehr als doppelt so viele Menschen. Wenn Brüssel ein Wasserkopf ist, dann der schlankeste der Welt.

#### „D“: Ist Italien bzw. Österreich je der Kommission vorgezogen?

Toggenburg: Es ist nie ein Land, das die Kommission leitet, da die Kommissionsmitglieder in strikter Unabhängigkeit von den Ländern handeln müssen. Anfang der 70-er Jahre kam der Präsident aus Italien – Herr Malfatti. Und natürlich Romano Prodi von 1999-2004. Österreich hat bisher noch keinen Präsidenten gestellt.

#### „Dolomiten“: Wer sind die Alphiatiere in der neuen EU-Kommission?

Gabriel N. Toggenburg: Die Frauen. Neben der Präsidentin ist insbesondere das Portfolio der Dänin Margarethe Vestager beachtlich. Der starke Mann an Von der Leyen's Seite ist der Niederländer Frans Timmermans. Das dürfte für Kontinuität sorgen. Er war bereits unter Juncker ein Schwergewicht.

#### „D“: Warum braucht die EU so viele Kommissare?

Toggenburg: Tatsächlich sieht der Vertrag von Lissabon eigentlich eine Verkleinerung der Kommission vor, sodass nur mehr zwei Drittel der Mitgliedstaaten einen Kommissar entsenden könnten. Doch dass stieß bei kleinen Mitgliedstaaten, insbesondere Irland, auf Kritik. So hat sich der Europäische Rat 2013 entschieden, ex-

\* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz